

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Hendrikje Klein und Stefanie Fuchs (LINKE)

vom 15. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Februar 2021)

zum Thema:

**Evakuierung des Obdachlosen- und Wohnungslosencamps an der Rummelsburger
Bucht 5./6. Februar 2021**

und **Antwort** vom 09. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. März 2021)

Frau Abgeordnete Hendrikje Klein und Frau Abgeordnete Stefanie Fuchs (DIE LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26665

vom 15.02.2021

über

**Evakuierung des Obdachlosen- und Wohnungslosencamps an der
Rummelsburger Bucht 5./6. Februar 2021**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher den Bezirk Lichtenberg um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben:

1. Wie kam es zu der Evakuierung des Grundstücks in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 2021?

Zu 1.: Der Bezirk Lichtenberg gibt an, dass am 5.2.2021 um 11:15 Uhr, der Bezirksbürgermeister Michael Grunst den Bezirksstadtrat für Soziales, Kevin Hönicke, angefragt hat, ob durch das Amt für Soziales Vorkehrungen zum gesundheitlichen Schutz der Personen an der Rummelsburger Bucht getroffen wurden.

Der Bezirksstadtrat Kevin Hönicke erfragte in Folge dessen bei der Berliner Kältehilfe, welche alternativen Unterbringungsmöglichkeiten bestehen würden.

Am 5.2.2021 um 12:28 Uhr ersuchte Bezirksstadtrat Hönicke die Flächeneigentümer HOWOGE, Coral World Berlin und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen – in Abstimmung mit der Berliner Kältehilfe – Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bewohner*innen der Fläche zu treffen. Auf das Ersuchen erhielt er im

Laufe des Tages keine Antwort.

Die Berliner Kältehilfe teilte am 5.2.2021 um 14:01 Uhr dem Bezirksamt Lichtenberg mit, dass kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten nicht verfügbar wären. Um einer so großen Anzahl von Menschen zu helfen, sei ein größerer zeitlicher Vorlauf notwendig. Dem Bezirk Lichtenberg wurde empfohlen, eine Lage auszurufen und über das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein Wärmezelt für die nächsten acht Tage auf der Fläche bereitzustellen. Daraufhin beschlossen Bezirksbürgermeister Michael Grunst und Bezirksstadtrat Kevin Hönicke die Bereitstellung eines Wärmezelts.

Bei einer Begehung durch das Bezirksamt Lichtenberg vor Ort am 5.2.2021 gegen 15:00 Uhr stellte sich heraus, dass aufgrund der Verhältnisse auf dem Gelände ein Wärmezelt nicht errichtet werden kann und zudem aufgrund von offenen Feuern und dem Betrieb improvisierter Öfen in den Zelten und Verschlagen eine unmittelbare Gefahr von Bränden und Kohlenstoffmonoxid-Vergiftungen für die Menschen im Camp ausgeht. Damit waren konkrete Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit der Personen auf dem Gelände anzunehmen. Eine Gefährdungsbeurteilung des Katastrophenschutzes ergab eine hohe Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts und die Bewertung, dass die Gefahrenlage nur durch Evakuierung zu beseitigen war.

2. Wie lief die Evakuierung ab (wer war vor Ort, Zuständigkeiten, zeitlicher Ablauf, Ergebnis)?

Zu 2.: Die Evakuierung des Camps war die Entscheidung des Bezirksamtes Lichtenberg. In die Entscheidungsprozesse des örtlichen Katastrophenschutzes und der Grundstückseigentümerin Coral World war die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) nicht eingebunden.

Am späten Nachmittag des 5.2.2021 erhielt die SenIAS ein Amtshilfeersuchen des Bezirks Lichtenberg zur Unterbringung der obdachlosen Menschen. Dies wurde für eine Nacht in der Traglufthalle der Berliner Stadtmission am Containerbahnhof und ab dem Folgetag für die Dauer der Kältehilfeperiode in einem Friedrichshainer Hostel, das erst am 6.2.2021 zur Verfügung stand, realisiert. Auf Bitte der SenIAS übernahm die KARUNA Sozialgenossenschaft die Ansprache der auf dem Gelände befindlichen Personen, Betreuungsaufgaben und die Kommunikation zu den konkreten Unterbringungsangeboten. Die Beförderung der Menschen erfolgte mit Hilfe der BVG.

Die Entscheidung des Bezirks Lichtenberg war aufgrund der Gefährdungsbeurteilung nachvollziehbar. Das Vorgehen des Bezirksamtes wird vom Senat als unglücklich bewertet. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn das Bezirksamt frühzeitig bei Einbeziehung der Beteiligten und Annahme der Unterstützungsangebote der SenIAS eine Lösung gefunden hätte. Nach der Evakuierungsentscheidung des Bezirksamtes Lichtenberg forderte die SenIAS Klarheit über die Unterbringung der Personen. Im Rahmen des Amtshilfeersuchens des Bezirksamtes Lichtenberg war die Beschaffung von Unterbringungskapazitäten für den Senat die entscheidende Aufgabe.

Der Bezirk Lichtenberg erklärt - dass nach Übernahme des Grundstücks am Samstagmittag durch eine Vertreterin der Flächeneigentümerin - besprochen wurde, dass das Camp vorerst nicht abgerissen wird. Sie teilte mit, dass zur Sicherung des Brandschutzes auf dem Gelände Aufräumarbeiten zum Sichern der Gasflaschen und Öfen vorgenommen werden.

Um 14:30 Uhr beauftragen Bezirksbürgermeister Michael Grunst und Bezirksstadtrat Kevin Hönicke den bezirklichen Katastrophenschutzbeauftragten eine Kältehilfe für die Bewohnerschaft der Rummelsburger Bucht zu organisieren. Dieser erfragt daraufhin beim Lagedienst der Polizei die Situation in diesem Bereich.

Direkt im Anschluss erfolgt die Anfrage nach einem Kältezelt an die Landesleitung des DRK. Eine Besichtigung des Katastrophenschutzbeauftragten mit Polizei und Mitarbeitenden des DRK fand vor Ort statt.

Zur Organisation einer Unterbringung telefonierte der zuständige Bezirksstadtrat Hönicke zwischen 17:00 Uhr und 19:00 Uhr mehrfach mit Herrn Staatssekretär Fischer, sowie dem Krisenstab der SenIAS.

Der bezirkliche Katastrophenschutzbeauftragte von Lichtenberg löst ab 18:09 Uhr aufeinander folgend Alarm bei Polizei, Berufsfeuerwehr, THW und DRK über den Lagedienst aus.

Ab 19:00 Uhr wurde im Rathaus Lichtenberg durch den Katastrophenschutzbeauftragten ein Führungsstab zur Einsatzplanung einberufen, zu diesem gehörten außer ihm noch die Büroleitung und die Referentin des Bezirksbürgermeisters. Der Abschnittsleiter der Berliner Polizei traf verspätet ein. Die Polizei stand für einen Einsatz bereit, sollte es bei der Evakuierung zu Ausschreitungen und Gefahren für die Einsatzkräfte kommen. Die Berliner Feuerwehr plante Kräfte wegen möglicher Brandgefahren. Um das Eigentum der Bewohnerinnen und Bewohner zu sichern, ließ der Katastrophenschutzbeauftragte zwei 7,5 t LKW's des DRK bereitstellen. Ebenso forderte er Busse der BVG zur Personenbeförderung an.

Ab 21:45 Uhr war der Katastrophenschutzstab des Bezirks auf der Brache an der Rummelsburger Bucht eingetroffen. Bezirksstadtrat Kevin Hönicke, Staatssekretär Fischer und weitere Mitarbeiter der SenIAS waren vor Ort und begleiteten die Maßnahme. Die Taskforce der KARUNA Sozialgenossenschaft sprach alle auf dem Camp Anwesenden persönlich an. Nach dem Verlassen der letzten Bewohnerinnen und Bewohner überflog der Polizeihubschrauber das Gelände, um durch den Einsatz der Wärmebildtechnik offenes Feuer zu detektieren. Die Feuerwehr hat das Gelände ab ca. 01:00 Uhr des Folgetages gesichert und löschte ca. 30 Feuer in improvisierten Brandstätten. Nach dem Löschen übernahm die Polizei die Sicherung des Geländes.

3. Wer hatte wann worüber die Verantwortung vor, während und nach der Evakuierung?

Zu 3.: Die konkreten Zeitabläufe und Verantwortlichkeiten ergeben sich aus der Beantwortung der Frage 1 und 2. Die Gesamtverantwortung für die Evakuierung und den Zeitpunkt an dem diese stattfand lag beim Bezirksamt Lichtenberg.

Die SenIAS war aufgrund eines Amtshilfeersuchens des Bezirkes bei der Unterbringung der Evakuierten behilflich.

Die Polizei übernahm in der Nacht vom 5. auf den 6.2.2021 die Sicherung des Geländes nach der Evakuierung.

Um 10.36 Uhr des Folgetages informierte die Bevollmächtigte der Eigentümerin Coral World Berlin, dass umgehend ein Sicherheitsdienst zur Sicherung der Fläche beauftragt wurde. Bezirksstadtrat Kevin Hönicke untersagte gegen 11.00 Uhr weitere Maßnahmen, die über die Sicherung hinausgehen und vereinbarte mit der Bevollmächtigten, dass das Gelände in den folgenden Tagen für die Bewohner*innen teilweise zugänglich bleibt, um Eigentum abholen zu können.

4. Welche Hilfe wurde den Menschen angeboten, und wie wurde sie angenommen?

Zu 4.: Die SenIAS bat im Rahmen ihrer Amtshilfe die Berliner Stadtmission um Bereitstellung und Öffnung der Traglufthalle am Güterbahnhof Frankfurter Allee. Ab dem 6.2.2021 wurden Zimmer in einem Hostel in Friedrichshain angemietet und ein Träger zur Betreuung der obdachlosen Menschen beauftragt. Um 17:00 Uhr am 6.2.2021 wurden die Menschen von der Traglufthalle mit Bussen der BVG zu dem Hostel befördert.

Mit Stand von Freitag, den 19.2.2021, waren 237 Personen in einem Hostel in Friedrichshain und weitere 130 Personen in einem Hostel in Mitte untergebracht. Die meisten ehemaligen Bewohner*innen der Rummelsburger Bucht dürften inzwischen dort eingezogen sein. Präzisere Kenntnisse liegen dem Senat dazu nicht vor, da im Rahmen der niedrigschwelligen Unterbringung obdachloser Personen die Angabe von Identitätsdaten oder des letzten Aufenthaltsortes nicht notwendig sind und daher nicht erhoben werden.

5. Was wurde im Vorfeld unternommen, um den Menschen an der Bucht in diesem Winter zu helfen?

Zu 5.: In der Kältehilfeperiode 2019/2020 gab es eine Verständigung zwischen Senat und dem Bezirk Lichtenberg ein kurzfristiges Übernachtungsangebot zur Verfügung zu stellen.

Am 16.9.2020 fand eine fachstellenübergreifende Koordinationsrunde zum Thema Obdachlosigkeit in der Rummelsburger Bucht statt, an der neben den bezirklich zuständigen Stellen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen teilnahmen.

Mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales wurden am 14.10.2020 und am 25.1.2021 durch Bezirksstadtrat Kevin Hönicke Gespräche bezüglich der Situation des Camps an der Rummelsburger Bucht geführt, in welchen ihr über die aktuelle Situation berichtet wurde.

Zusammen mit Bezirksstadtrat Hönicke und der KARUNA Sozialgenossenschaft erörterte Senatorin Breitenbach mögliche vom zuständigen Bezirksamt einzuleitende Maßnahmen. Dazu wurde verabredet, dass KARUNA das Bezirksamt unterstützend begleitet, um den Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern herzustellen. Seitens der SenIAS wurde dem zuständigen Bezirksamt Lichtenberg Unterstützung für konkrete Hilfsangebote zugesagt.

6. Wie kann den Menschen langfristig geholfen werden?

Zu 6.: Die Bezirke verantworten die Unterbringung obdachloser Menschen über die Fachstellen soziale Wohnhilfe. Dort werden auch sozialpädagogische Beratungsangebote organisiert und über Unterstützungsangebote informiert. Die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg haben unter Einbeziehung der SenIAS vereinbart, die Arbeit ihrer Fachstellen zur Beratung zu koordinieren.

Das Amt für Soziales Lichtenberg fördert zudem zwei Projekte mit aufsuchender Sozialarbeit, um Brennpunkte mit Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum aufzusuchen und die betroffenen Personen zu beraten sowie weitergehende Hilfen anzubieten.

Im Rahmen einer langfristigen Strategie ist der Senat bereit, mit dem Bezirk Lichtenberg einen sogenannten „Safe Place“ zu entwickeln, sofern der Bezirk ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellt. Hierzu finden aktuell Gespräche statt.

7. Wie schätzt der Senat die öffentlich geäußerte Kritik an dem Vorgehen ein?

Zu 7.: Die SenIAS führt keine ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegen sogenannte „Obdachlosencamps“ durch. Dies ist alleinige Angelegenheit der örtlich in den Bezirken zuständigen Ordnungsbehörden. Die Evakuierung des Camps war die Entscheidung des Bezirksamtes Lichtenberg. In die Entscheidungsprozesse des örtlichen Katastrophenschutzes und der Grundstückseigentümerin Coral World war die SenIAS nicht eingebunden.

Die Entscheidung des Bezirks Lichtenberg war aufgrund der Gefährdungsbeurteilung nachvollziehbar. Das Vorgehen des Bezirksamtes wird vom Senat als unglücklich bewertet. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn das Bezirksamt frühzeitig bei Einbeziehung der Beteiligten und Annahme der Unterstützungsangebote der SenIAS eine Lösung gefunden hätte. Nach der Evakuierungsentscheidung des Bezirksamtes Lichtenberg forderte die SenIAS Klarheit über die Unterbringung der Personen. Im Rahmen des Amtshilfeersuchens des Bezirksamtes Lichtenberg war die Beschaffung von Unterbringungskapazitäten für den Senat die entscheidende Aufgabe.

8. Wie viele Polizist*innen waren beteiligt, wer hat die Polizei angefordert, welche Aufgabe hatte die Polizei?

Zu 8.: Nach Auskunft des Bezirks Lichtenberg waren eine Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei, sowie ein Hubschrauber im Einsatz. Deren Aufgabe war die Sicherung des Geländes. Der Hubschrauber sollte mittels Wärmebildaufnahmen mögliche Brandherde identifizieren.

9. Welche Rechtsgrundlage galt für die Evakuierung? War es eine Räumung im juristischen Sinne? Wenn ja, warum? Wenn nein, was war es dann im juristischen Sinne? Gibt es einen Räumungstitel?

Zu 9.: Der Bezirk verweist darauf, dass es sich nicht um eine Räumung im ordnungsrechtlichen Sinn handelt.

10. Wurde dabei Besitz bzw. Eigentum von Bewohner*innen beschädigt, wenn ja warum? Wer ist für eventuelle Entschädigungen zuständig?

Zu 10.: Das Bezirksamt hat mitgeteilt, dass es Kenntnis über die Beschädigung eines Wohnwagens erlangte und den Eigentümerinnen und Eigentümern Unterstützung angeboten hat.

11. Wie schätzt der Senat ein eventuell entstandenes Wohnrecht der Bewohner*innen ein?

Zu 11.: Diese Frage kann der Senat nicht beantworten.

12. Welche Maßnahmen setzen die Bezirke in Berlin aktuell um, um obdachlose Menschen vor gesundheitlichen Schäden im Winter zu schützen?

13. Welche Unterstützung leistet dabei der Senat?

Zu 12. und 13.: Die Kapazitäten der Berliner Kältehilfe wurden in den letzten Jahren massiv erhöht. Außerdem wurde die Kältehilfessaison um die Monate April und Oktober mit Anlauf- und Auslaufkapazitäten erweitert. Die Zuständigkeit liegt hierbei bei den Bezirken. Die SenIAS koordiniert und unterstützt die Bezirke bei dieser Aufgabe.

Die Herausforderungen der Pandemie sowie der Kälteperiode haben dazu geführt, dass in Verantwortung der SenIAS im erheblichen Umfang weitere Kapazitäten geschaffen wurden. Hierbei handelt es sich sowohl um weitere Notübernachtungsplätze, als auch Einrichtungen, die sieben Tage die Woche jeweils 24 Stunden am Tag den obdachlosen Menschen Schutz vor Witterung und Infektion bieten.

In der 8. Kalenderwoche 2021 standen durchschnittlich 1.574 Notübernachtungsplätze in der Kältehilfe sowie 24/7-Unterkünften zur Verfügung. Hiervon waren 1.321 belegt, 253 Plätze blieben frei.

14. Gibt es Ideen mit dem Bezirk Lichtenberg für „Safe Places“?

Zu 14.: Derzeit finden Gespräche zwischen dem Bezirk Lichtenberg, der SenIAS und einem möglichen Träger zur Umsetzung eines „Common Places“-Konzeptes in Lichtenberg statt.

Berlin, den 09. März 2021

In Vertretung

Alexander F i s c h e r

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales